

24. Februar 2016

Offener Brief an die Landesregierung Baden-Württemberg

Sehr geehrte Landtagsabgeordnete,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Baden-Württembergs,

nachdem Sie im letzten Jahr der Verschärfung des Asylgesetzes im Bundesrat zugestimmt hatten, versprochen Sie im Gegenzug einen verbesserten Zugang zur medizinischen Versorgung für Geflüchtete. Sie wollten bundesweit mit der Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für AsylbewerberInnen, die auch von Sozialverbänden und dem deutschen Ärztetag^[1] seit langem gefordert wird, ein Exempel statuieren.

Inzwischen wurden vom Bund die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, um landesweit eine Gesundheitskarte einführen zu können. Doch von Ihrer Seite werden nun technische und formale Schwierigkeiten angeführt, welche eine ordnungsgemäße Abrechnung der Gesundheitsleistungen nicht sicherstellen und zu unermesslichen Mehrkosten für das Land führen würden.

Das Problem sei die neueste Änderung des AsylbLG, in der vorgegeben wird, dass der eingeschränkte Zugang zur medizinischen Versorgung elektronisch vermerkt werden soll. Ignoriert wird dabei allerdings, dass in Bremen schon seit 2005 und in Hamburg seit 2012 die Gesundheitskarte für AsylbewerberInnen erfolgreich in der Praxis genutzt wird. Laut Bremer Sozialbehörde wird sie auch weiterhin ohne den stigmatisierenden Vermerk auf der Karte fortgeführt. So könnten auch in Baden-Württemberg alle Asylsuchenden nach entsprechender Auslegung des §6 AsylbLG gemäß des „Bremer Modells“ in die gesetzliche Krankenversicherung eingebunden werden, was eine angemessene Versorgung im „notwendigen Umfang“ § 2 Abs. 4 SGB V ermöglicht.

Weiterhin werden praktizierende ÄrztInnen durch einen solchen Vermerk auf der Gesundheitskarte in die prekäre Situation gedrängt zwischen PatientInnen mit AsylbLG-konformen und -nicht konformen Krankheiten zu unterscheiden. So fordert der Präsident der Bundesärztekammer Prof. Montgomery die Regelversorgung für Flüchtlinge, da „Ärzte die Verpflichtung [haben], alle Menschen gleich zu behandeln“.^[2]

Aber auch das Argument der nicht tragbaren Kosten der Vollversorgung von Flüchtlingen ist unzulänglich: Laut einer Studie^[3] des Universitätsklinikums Heidelberg sind die Pro-Kopf-Ausgaben bei eingeschränktem Zugang zum Gesundheitssystem um circa 40% höher als bei Asylsuchenden mit medizinischer Regelversorgung.

Die Gesundheitskarte hat sich nachweislich als sicher, umsetzbar, humaner und günstiger herausgestellt. Wir fordern Sie auf, Ihr Versprechen einzuhalten und die elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge mit Einbindung in die gesetzliche Krankenversicherung jetzt einzuführen, um die medizinisch notwendige Versorgung sicherzustellen und das Menschenrecht auf Gesundheit ohne Diskriminierung in Baden-Württemberg zu garantieren!

[1] 118. Deutscher Ärztetag, Beschlussprotokoll, Bundesärztekammer, Mai 2015, http://www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user_upload/downloads/pdf-Ordner/118._DAET/118DAETBeschlussprotokoll20150515.pdf

[2] Flüchtlinge: Montgomery fordert Regelversorgung, Hillienhof, Dtsch Arztebl 2015, <http://www.aerzteblatt.de/archiv/172857/Fluechtlinge-Montgomery-fordert-Regelversorgung>

[3] Effect of Restricting Access to Health Care on Health Expenditures among Asylum-Seekers and Refugees: A Quasi-Experimental Study in Germany, 1994–2013, Bozorgmehr, Razum, Juli 2015, <http://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0131483>

**Seite 2: 17 UnterzeichnerInnen des offenen Briefes an die Landesregierung
Baden Württemberg vom 24.02.2016**



Aids-Hilfe Baden-Württemberg e. V.



**Amalie – Beratungsstelle für Frauen in der
Prostitution**



Asylarbeitskreis Heidelberg e.V.



Asylcafé Mannheim



Diakonisches Werk Freiburg e.V.



Eine Welt Forum Freiburg e.V.



Flüchtlingsrat Baden-Württemberg



Freundeskreis Asyl Karlsruhe e. V.



IPPNW Ulm / IPPNW Rhein-Neckar



**KOSI.MA – Kompetenzzentrum zu sexuell
übertragbaren Infektionen. Mannheim**



Landesärztekammer Baden-Württemberg



**Marburger Bund Landesverband Baden-
Württemberg**



MediNetz Freiburg



MediNetz Rhein-Neckar e.V.



MediNetz Ulm e.V.



**Psychotherapeutische Anlaufstelle für
MigrantInnen des Psychoanalytischen
Seminars Freiburg e.V.**



Rasthaus Freiburg